

dass sechs Ratsmitglieder dafür waren, das zu tun, fünf waren dagegen. Ein Ratsmitglied enthielt sich der Stimme. Danach wurde der Antrag zur weiteren Bearbeitung an den Sozialausschuss überwiesen.

In der Bürgerfragestunde im Anschluss an die Ratssitzung übergab eine Vertreterin des Elternkreises dem Bürgermeister eine Unterschriftenliste. 244 Bürgerinnen und Bürger haben darauf bekannt, dass sie für die Fortführung des Kinderspielkreises sind. Die Anzahl der Befürworter hätte für ein Bürgerbegegnen ausgereicht. Dann hätten die Bürger entscheiden können, ob diese sinnvolle ergänzende Einrichtung zur Kinderbetreuung geschlossen wird, damit mehr Geld zur Grünflächenpflege verwandt werden kann.

Ein solcher Antrag ist nach Geschäftsaufordnung zum jetzigen Zeitpunkt nur zulässig, wenn sich die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert hat.

Und genau dies ist nach Ansicht der SPD-Fraktion der Fall. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war nicht bekannt, dass es für den Haushalt 2012 überhaupt kein Haushaltssicherungskonzept hätte geben brauchen. Erst danach wurde bekannt, dass es aus den Jahren 2009 bis 2011 noch ausreichend Rücklagen zum Ausgleich des Fehlbeitrages von 23.000 € gegeben hat.

Erst jetzt wurde bekannt, dass es durch Maßnahmen, die leicht wieder zu ändern gewesen wären, in 2011 für die Kinderkrippe überplanmäßige Ausgaben von rd. 20.000 € gegeben hat.

Der Antrag und die Begründung löste eine kontroverse und emotionsgeladene Diskussion aus.

Nach Geschäftsordnung wurde aber nicht über den Inhalt des Antrages, sondern nur über die Frage, ob sich der Rat erneut mit diesem Thema befasst entschieden. Die Abstimmung ergab,

Der Kinderspielkreis soll fortgeführt werden

Die SPD-Fraktion beantragte, dass der Schließungsbeschluss aufgehoben wird. Der Kinderspielkreis soll fortgeführt werden, es sei denn, im Kindergarten können Vormittags- oder Ganztagsplätze nicht mehr besetzt werden. Die Gebühren sollen denen der Kinderkrippe und des Kindergartens gleichgestellt werden.

Ein solcher Antrag ist nach Geschäftsaufordnung zum jetzigen Zeitpunkt nur zulässig, wenn sich die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert hat. Und genau dies ist nach Ansicht der SPD-Fraktion der Fall. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war nicht bekannt, dass es für den Haushalt 2012 überhaupt kein Haushaltssicherungskonzept hätte geben brauchen. Erst danach wurde bekannt, dass es aus den Jahren 2009 bis 2011 noch ausreichend Rücklagen zum Ausgleich des Fehlbeitrages von 23.000 € gegeben hat.

Wegen Vorschriften für die Baustatik darf die Bücherei nicht mehr als Bücherei betrieben werden. Sie ist nunmehr eine Lesestube und kann wieder genutzt werden.

Wir gratulieren dem neuen Ministerpräsidenten der Landes Niedersachsen, **Stefan Weil**, ganz herzlich. Seine Absicht, die finanzielle Lage der Gemeinden zu verbessern macht uns Hoffnung.

Gratulation

In der 12. Sitzung des Gemeinderates am 18.2.2013 wurden viele Themen, mit zum Teil überraschenden Ergebnissen, nach engagierten Diskussionen behandelt.

Jeweils einstimmig wurde die Tagesordnung um einen neuen aktuellen Punkt (Kindergarten) erweitert. Die von der SPD verlangten Änderungen im Protokoll der letzten Sitzung wurden ebenfalls einstimmig verabschiedet.

Gemeindedirektor und Bürgermeister hatten nichts zu berichten.

Bebauungsplan „Altdorf“

Matthias Reinold präsentierte seinen ersten Entwurf für die Neugestaltung. Er plädierte für ein allgemeines Wohngebiet mit einem dorfingerähnlichen Kern, eine offene Bebauung und Erhalt des parknahen Ambientes. Er zeigte Möglichkeiten des gemeinsamen Wohnens von Jung und Alt auf. Sein Entwurf enthält Raum und Einrichtungen (Café) für kommunikatives Leben. Straßen und Wege sollen Verbindungen in alle Richtungen eröffnen.

V.i.S.P: Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Gemeinderat Barendorf, Fraktionsvorsitzender: Siegfried Kublak, E-Mail: S.Kublak@t-online.de



19.2.2013

Stimmungsvolle 12. Ratssitzung

Die Gemeinderäte fanden unisono, dass der Planer ihre Absichten sehr gut umgesetzt habe.

Dem schlossen sich betroffene Eigentümer dem Grunde nach auch an. Diese waren als Zuhörer mit eingeladen worden. Sie erhielten Gelegenheit zu Äußerungen. Dabei wurde angemahnt, dass alles wirtschaftlich sein müsste. Eine vorgesetzte Grundstücksgrenzaänderung stieß auf Vorbehalte.

Es waren sehr viele Bürgerinnen und Bürger als Zuhörer erschienen. Die Räumlichkeiten im Dorfgemeinschaftshaus sind für solche Präsentationen nicht besonders gut geeignet. Mit etwas Drängeln konnten sich aber wohl alle einen Eindruck vom der Planung verschaffen.

Der Gemeindeentwicklungsausschuss erhielt den Auftrag, auf der Grundlage dieses Entwurfs einen Bebauungsplan zu erarbeiten.



Überplanmäßige Ausgaben

B 216 Im Haushaltsjahr 2011 wurden insgesamt über 55.000 € ausgegeben, für die im Haushalt 2011 keine Mittel eingeplant worden waren. Sie waren bisher vom Rat nicht genehmigt worden. Erst jetzt wurden sie dem Rat zur Genehmigung vorgelegt. Die Verwaltung wäre früher nicht dazu kommen, hieß es im Vorfeld der Ratssitzung. Sie wurden bei einer Gegenstimme gebilligt.

Kindergarten wird größer

Im Kindergarten wird ab 2013/2014 eine weitere Ganztagesgruppe für 10 Kinder eingerichtet. Das wird zusätzliche Kosten in Höhe von rund 8.000 € jährlich mit sich bringen, wenn es bei der aktuell angemeldeten Anzahl von Kindern aus Barendorf bleibt. Die zusätzliche Gruppe und die damit verbundenen überplanmäßigen Ausgaben wurden einstimmig beschlossen.

Ergebnis der Bürgerbefragung zur Umgehungsstraße

Von den 1.972 Stimberechtigten hatten sich 1.101 an der Befragung beteiligt. 589 stimmten für eine Ortsumgehung, 490 waren dagegen. 22 waren ungültig.

Sprecher der CDU-Fraktion bedauerten die geringe Beteiligung. Die SPD-Fraktion fand das verständlich, weil aus ihrer Sicht diese Befragung dem Grunde nach sinnlos war. Das Bürgerforum verteidigte die Befragung als sinnvoll. Die Grünen kritisierten die Vorbereitung und betonten, dass die hohe Zahl der Ablehner nicht übersehen werden darf.

Der Bürgermeister stellte fest, dass damit der Vorschlag der Landesregierung nicht geändert zu werden braucht. Sonst hätte er dem Bundesverkehrsministerium die Streichung empfohlen.

Verkehrsberuhigung auf der B 216

Seit Jahren bemüht sich der Rat, dass im Osten von Barendorf auf der B 216 die Geschwindigkeit auf 50 km/h begrenzt wird. Eine Möglichkeit wäre, dass das Ortsschild entsprechend versetzt wird. Die Straßenverkehrsbehörde lehnte bisher alles ab.

Gegen den Ablehnungsbescheid war bereits Klage beim Verwaltungsgericht Lüneburg eingereicht worden. Im Dezember vergangenen Jahres wurde nach Beschluss der Mehrheitsfraktionen von Bürgerforum, CDU und Grüne diese Klage zurückgezogen.

Mit besserer Begründung sollte erneut das Gespräch mit der Verkehrsbehörde geführt werden. Der erhoffte Erfolg blieb aus. Deshalb sollte erneut ein Antrag gestellt werden, um im Falle der weiteren Ablehnung einen neuen rechtsmittelfähigen Bescheid zu erhalten, der auf dem Klagewege angefochten werden könnte.

Bislang ging die SPD-Fraktion, und offensichtlich nicht nur diese, davon aus, dass ein solcher neuer Antrag gestellt worden war. Alles wartete auf die Antwort der Behörde. Doch jetzt wurde berichtet, dass noch gar kein neuer Antrag gestellt worden ist, weil der Gemeindedirektor und der Bürgermeister erst die Ergebnisse der Initiative des Kreistages zur Reduzierung des überörtlichen LKW-Verkehrs auf der B 216 abwarten wollten.

Anlass zu dieser Offenbarung war ein Antrag von Heidrun Meissner, den sie zum Thema Bürgerbefragung erreicht hatte. Der war in der letzten Ratsitzung als Dringlichkeitssantrag nicht anerkannt worden.

Die SPD beantragte daraufhin, dass unverzüglich ein Rechtsanwalt beauftragt wird, einen Antrag auf Versetzung des Ortsschildes zu stellen. Die Verwaltung, das wird immer deutlicher, scheint durch andere Aufgaben überlastet zu sein und wird das nicht zeitnah realisieren können.

Der Antrag von Heidrun Meissner zielt im Kern auch auf die Einschaltung eines Rechtsanwaltes ab. So unterstützt von der SPD-Fraktion, wurde dann einstimmig beschlossen, dass jetzt ein Rechtsanwalt entsprechend beauftragt wird.

Sitzungsbeginn der Fachauschüsse

Die SPD-Fraktion beantragte, dass künftig vor 19.00 Uhr keine Ausschusssitzung mehr stattfindet, damit die Arbeitsverhältnisse von Ratsmitglieder, die in der freien Wirtschaft beschäftigt sind, nicht über Gebühr durch Freistellungen, sofern sie rechtlich überhaupt möglich sind, belastet werden. Zumal dann, wenn auch noch aus anderen Gründen, z.B. Freiwillige Feuerwehr, Freistellungen erforderlich sein können.

Vertreter der Mehrheitsfraktionen sprachen sich dagegen aus. So etwas müsste man doch nicht beantragen. So etwas könnte doch gesprächsweise untereinander geklärt werden. Die SPD musste diejenigen darauf aufmerksam machen, dass das in der Vergangenheit zwar mehrfach, aber leider ergebnislos, ver sucht worden war. Der Fraktionsvorsitzende des Bürgerforums und Vorsitzende des Umwelt- und Verkehrsausschusses lädt nach wie vor zu Sitzungen um 17.00 Uhr ein. Die inoffizielle Abstimmung mit Kreistag, Samtgemeinde und Gemeinde über Beginn-Zeiten von Ausschuss-Sitzungen sollte auch in Barendorf akzeptiert werden.

Es wurde letztlich im Rat eine Verständigung gefunden, dass künftig in der Regel die Ausschuss-Sitzungen nicht mehr vor 19.00 Uhr beginnen. Daraufhin zog die SPD-Fraktion ihren Antrag zurück.

Sanierung der Schulstraße und des Lerchenwegs im Jahr 2013

Im Haushalt 2012 wurden für die Baumaßnahmen in der Schulstraße und im Lerchenweg insgesamt 640.000 € eingestellt. Dazu wurde die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 500.000 € beschlossen. Die Planung war bereits in 2011 abgeschlossen worden. Besprochen war, dass Ende 2012 die Sanierung eingeleitet und in 2013 durchgeführt wird.

Im letzten Jahr ergab sich, dass auch im Drosselweg dringender Sanierungsbedarf entstanden ist. Eine Erkundungsgrabung wurde beschlossen. Im Vorbericht zum Haushalt 2013, der dem Rat erst nach Drucklegung bekannt wurde, ist nun im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen plötzlich zu lesen, dass die beschlossene Sanierung Anlass zu weiteren Prüfungen sei.

Die SPD-Fraktion ist über diese Verzögerungen und Hinhalte-Erklärun gen erbost. Sie befürchtet, dass diese ständigen Verzögerungen auch zu Kostensteigerungen führen. Darum beantragte die SPD-Fraktion jetzt, dass die Sanierung wie vorgesehen in 2013 vorgenommen wird und alle dafür notwendige Maßnahmen unverzüglich beginnen.

Der Antrag wurde an den Grundsatzausschuss überwiesen.